

BKSL e.V. c/o Netzwerk NRW e.V. | Lindenstr. 20 | 50674 Köln

An alle Kandidat_innen für die
Bundestagswahl 2013

03. Mai 2013

Forderungen zur Bundestagswahl 2013

Gleiche Rechte – gleiche Würde – gleiche Ressourcen! Akzeptanz für Lesben, Schwule, Trans*-, Bi- und Intersexuelle. Für eine Gesellschaft der Vielfalt - ohne Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Unterzeichnenden fordern die Kandidat_innen aller demokratischen Parteien, die sich um ein Mandat bei der Bundestagswahl 2013 bemühen, auf in den Wahlprogrammen ihrer Parteien, die Belange von lesbischen, schwulen, trans*, bi- und intersexuellen Bürger_innen (LSBTI) ausdrücklich zu berücksichtigen.

Die Unterzeichnenden dieser Wahlprüfsteine erwarten von den Parteien und ihren Kandidat_innen,

- dass sie sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der alle Menschen ihre sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten selbstbestimmt und angstfrei leben können,
- dass sie die Durchsetzung gleicher Rechte und gleicher Würde für Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuelle unterstützen und sich in ihren Programmen verbindlich dazu bekennen.

Wir stellen fest, dass es in unserer Gesellschaft Fortschritte hinsichtlich der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen gibt. Wir übersehen aber nicht, dass die individuelle Diskriminierungserfahrung bei vielen Lesben, Schwulen und Trans*, Bi- und Intersexuellen in unserem Land nach wie vor existiert.

Studien zeigen, dass in Zeiten, in denen Menschen Angst vor sozialem Abstieg haben, Feindlichkeit und Ausgrenzung gegenüber Teilen der Gesellschaft wieder wachsen. Mit „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ wird dieser Zustand beschrieben, bezogen auf Lesben, Schwule und Trans*Personen haben wir es mit dem psychologischen und soziologischen Phänomen der Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit zu tun.

Es ist und bleibt Aufgabe des Staates und seiner gewählten Vertretungen gleiche Rechte und gleiche Würde für alle Bürger_innen herzustellen (Artikel 1 Grundgesetz). Er muss dafür Sorge tragen, dass Hasskriminalität in unserer Gesellschaft keinen Raum findet und mit allen nötigen Mitteln geahndet werden kann.

Wir erwarten von der künftigen Bundesregierung eine Zielvereinbarung, die den Handlungsbedarf zur Akzeptanz von LSBTI feststellt und gemeinsam mit der Sachkompetenz der Selbsthilfeorganisationen von LSBTI Schritte zur Akzeptanzförderung festlegt. Vor diesem Hintergrund muss sich die künftige Bundesregierung aktiv für die Belange von Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuellen in Deutschland in allen relevanten Lebensbereichen engagieren; vor allem in den Politikbereichen:

- Justizpolitik
- Familien- und Generationenpolitik
- Schul- und Bildungspolitik
- Gesundheits- und Behindertenpolitik
- Wissenschafts- und Forschungspolitik
- Arbeits- und Sozialpolitik
- Integrationspolitik
- Außenpolitik

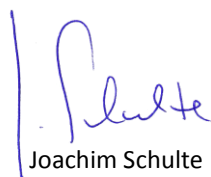
Die homosexuelle Emanzipationsbewegung sowie ihre Projekte in schwulen und lesbischen Lebenszusammenhängen sind relativ jung und können – anders als in der traditionellen Wohlfahrts-, Kultur- und Wissenschaftsförderung – weder auf eine nachhaltige Förderung durch die öffentliche Hand noch auf eine selbstverständliche Tradition privaten Spender- oder Stifterengagements zurückgreifen. Im Bereich der Selbsthilfe von Trans*, Bi- und Intersexuellen sind vielfach keine oder nur rein ehrenamtliche Strukturen vorhanden. Es bedarf daher gemeinsamer Anstrengung von Politik und Zivilgesellschaft, entsprechende Strukturen zu stärken.

Was in anderen gesellschaftlichen Bereichen längst akzeptierte Praxis ist, muss auch für Lesben, Schwule, Trans*, Bi- und Intersexuelle gelten. Die Unterzeichnenden halten die derzeitige Förderung des Bundes für unzureichend und fordern daher die Bereitstellung von hinreichenden finanziellen Mitteln zur Umsetzung einer Akzeptanzpolitik für Lesben, Schwule, Trans*, Bi- und Intersexuelle in sämtlichen Ressorts des Bundeshaushaltes unter Einbindung der Selbstvertretungsstrukturen (z.B. im Rahmen eines Aktionsplanes).

Deutschland ist ein modernes und innovatives Land. Die Anerkennung und Förderung von Vielfalt sowie das Streben nach Geschlechtergerechtigkeit sind Bereicherungen für die gesamte demokratische Gesellschaft und ein wichtiges Gut für ein friedliches und respektvolles Miteinander. Wir sehen Handlungsbedarf für die Förderung der Akzeptanz von LSBTI und stehen als zivilgesellschaftlicher Partner mit Sachkompetenz der zukünftigen Bundesregierung zur Verfügung.



Thomas Wilde



Joachim Schulte



Markus Johannes



Reinhard Klenke

Der Vorstand | Bundeskonferenz schwul/lesbischer Netzwerke e.V.

Die Forderungen werden unter anderem unterstützt von:

**Lesbenring e.V. | LAG Lesben in NRW e.V. | Schwules Netzwerk NRW e.V. | QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.
Schwules Forum Niedersachsen e.V. | SchLau NRW | ARCUS-Stiftung**

Folgende konkrete Forderungen liegen unserem Anliegen zugrunde:

Notwendige Initiativen des Gesetzgebers

- a) Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (inklusive des Adoptions- und Steuerrechts)
- b) Schaffung eines Rechtsinstituts für Regenbogenfamilien, die aus mehr als zwei Elternteilen bestehen im Hinblick auf das Sorgerecht
- c) Abschaffung des Ehegattensplittings und Reformierung des Steuerrechts zu Gunsten von Versorgungsgemeinschaften
- d) Schaffung eines Rechtsinstituts ohne gegenseitige finanzielle Ansprüche für zwei oder mehr Menschen, dass es den Mitgliedern der Lebensgemeinschaft nach der Eintragung im Standesamt erlaubt, ihre Lebensgemeinschaft gegenüber Dritten zu dokumentieren, z.B. im Krankenhaus
- e) Zulassung der Insemination für alle Frauen mit Kinderwunsch
- f) Abschaffung der Altersgrenze im Adoptionsverfahren (z.Zt. 70 Jahre)
- f) Das AGG¹ konsequent ausbauen durch ein Verbandsklagerecht und den Abbau von Ausnahmeregelungen (z.B. Glaubensgemeinschaften), sowie die Verknüpfung von Auftragsvergabe aus Mitteln der Öffentlichen Hand an die Beachtung des AGG
- g) Eigenverantwortliche Festlegung des Geschlechts durch Eintragung im Personenstandsregister mit dem 16. Lebensjahr
- h) Verbot aller nicht medizinisch gebotenen Operationen ohne Einwilligung der Betroffenen (z.B. intersexuelle Kinder)
- i) Abschaffung der Diskriminierungsmerkmale im Art 3, 3 GG oder Ergänzung um sexuelle und geschlechtliche Identität
- j) Das Transsexuellengesetz wird im Dialog mit den Betroffenen reformiert

Gesellschaftliche Akzeptanz stärken

Bundesweiter Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTI – gegen Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit - (ministerienübergreifend) im Kontext der Thematisierung von Menschenfeindlichkeit.

- a) Ergänzung der Programme zur Bekämpfung von Rassismus um das Merkmal Schwulen- , Lesben- und Trans*feindlichkeit
- b) Verwirklichung eines umfassenden horizontalen Ansatzes aller Begründungen für Diskriminierung (Ethnie, Geschlecht....) bei allen Antidiskriminierungsmaßnahmen und -programmen, die sich auf das AGG beziehen
- c) strukturelle und finanzielle Unterstützung bundesweiter Koordinierungs- und Fortbildungsmaßnahmen der LSBTI-Selbsthilfeorganisationen
- d) Durchführung von Studien zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuellen (z.B. Jugendlichen, Älteren)
- e) Umsetzung und aktive Unterstützung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie (Zivilrecht) der EU

¹ AGG | Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz vom 14.08.2006

§ 1: Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

- f) bundesweite Kampagnen zur gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTI in Öffentlichkeit und Medien
- g) Der Bund soll die Länder unterstützen beim Aufbau von Dateien zur Erfassung von Diskriminierung und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Trans*, Bi- und Intersexuellen
- h) Die Bundesregierung wirkt auf die Sportverbände auf Bundesebene ein, sich mit Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit im Sport zu befassen
- i) Finanzielle Unterstützung zur Förderung des Bundesnetzwerkes der Bildungs- und Aufklärungsprojekte
- i) Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrer_innen als Modellprojekt für die Verbesserung der Arbeit und des Klimas in Schulen
- j) Maßnahmen in der Bundesverwaltung und den nachgeordneten Behörden zum Thema Trans* und Homosexualität am Arbeitsplatz
- k) Entwicklung von Angeboten an die Arbeitgeber_innen zur Thematisierung von Trans* und Homosexualität am Arbeitsplatz
- l) Förderung von generationenübergreifendem Wohnen als Modell auch für Lesben, Schwule, Trans*, Bi- und Intersexuelle

Gesundheit

- a) Sensibilisierung des Gesundheitswesens für spezifische Anliegen von Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuellen
- b) Förderung der sexuellen Gesundheit, u.a. Weiterführung u. Ausbau von zielgruppenspezifischen Präventionsprogrammen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen
- c) Abbau der Diskriminierung HIV+ Personen und Ausbau der Förderung zielgruppenspezifischer Aufklärung

Verfolgung und Verurteilungen nach §§175 und 175a nach 1945

- a) Aufhebung der Verurteilungen nach §§ 175 und 175a.
- b) historische Aufarbeitung (Studien) der Verfolgung und ihrer Folgen für homosexuelle Männer, lesbische Frauen und Trans*-Personen
- c) Entschädigung durch z.B. Erhöhung des Stiftungskapitals der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

Menschenrechtspolitik

- a) Achtung der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Trans*, Bi- und Intersexuellen (vgl. Yogyakarta Prinzipien) als Grundlage der Innen-, Europa- und Außenpolitik der BRD und der Menschenrechtsarbeit
- b) Entwicklungshilfe und -programme in der Zusammenarbeit auf ihre Auswirkungen auf Lesben, Schwule, Trans*, Bi- und Intersexuelle überprüfen
- c) Ausarbeitung und Implementierung eines LSBTI Menschenrechts-Inklusionskonzeptes für die Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit
- d) Asyl für Lesben, Schwule, Trans*, Bi- und Intersexuelle, die aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität verfolgt werden und Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse im Asylverfahren
- e) internationale Initiativen (z.B. Entkriminalisierung von Homosexualität und Trans*) im Council of Europe und der UN einbringen und proaktiv unterstützen